Stadtrat Mag. Markus Stoll

Budgetrede 2026 zu Budget -GR 11./12. Dezember 2025

Sehr geehrte Damen und Herren Interessierte, welche den Innsbrucker Budgetgemeinderat entweder hier vor Ort oder über den Livestream verfolgen

Sehr geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innsbrucker Stadtmagistrat, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beteiligungen der Stadt Innsbruck, welche die unzähligen und notwendigen Dienstleistungen tagtäglich für die Menschen in dieser Stadt erbringen, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Innsbrucker Gemeinderat, Herr Bürgermeister!

Tja, mir und vielen hier im Saal geht es schon so wie Frau STRin Lutz bei ihren Erklärungen im Jänner dieses Jahres beim verhunzten Projekt IMPACT HUB in den Innsbrucker Bögen, wo sie uns im Versuch einer Erklärung verzweifelt gefragt hatte: WO FANGE ICH AN?!!?

Nun …. meine Damen und Herren, wo fangen wir an. …. ich halte mich da besser an den wohl bekannten Grand Seigneur der POP- und Schlagerbranche, Roland Kaiser, der auch im höheren Alter, ja genau im höheren Alter – *ein Umstand, der von Ihnen,*
Herr Bürgermeister ja manchmal sehr abwertend und verächtlich konnotiert wird – SEHR erfolgreich ist ……und sage nur:

Ich glaub, es geht schon wieder los
Das darf doch wohl nicht wahr sein!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bürgermeister hat ja - wie Ihnen bekannt ist - zusammen mit dem Land in diesem Jahr die Liebe zum Theater entdeckt, konkret zum Tiroler Landestheater. Deswegen werde ich die Gedanken und Ansätze unserer Fraktion Das Neue Innsbruck zum Budgetentwurf in diese

Form einbetten und versuchen, in sechs Akten dieses Schauspiel eines Budgets zu analysieren. Gedanken und Vorhersagen aus dem letzten Jahr haben sich ja leider vielfach bewahrheitet. Nun - Vorhang auf!

Erster Akt - Budgeterstellung

Vor einem Jahr habe ich es vorhergesagt – und inzwischen ist es wohl schon Tradition geworden: auch dieses Stadtbudget wird wieder ohne jegliche Einbindung oder ehrliche und offene Kommunikation mit den Gemeinderatsfraktionen erstellt. Es ist von euch 22 KoalitionsgemeinderätInnen offensichtlich nicht gewünscht, dass es zum Austausch von Ideen und Vorstellungen - zumindest einmal im Jahr - kommt. In der Theatersprache ist dies ein MONODRAMA ….. ein Solospiel oder Einpersonenstück, bei dem nur eine Person spricht …. oder singt.

Verständlich auf der anderen Seite, weil sonst wäret ihr wohl schon rechtzeitig draufgekommen, dass die Vorlage so nicht beschlussfähig gewesen wäre …. und nun wurde „überraschend“ vor einer Woche durch den Stadtpressedienst veröffentlicht: Ein Weihnachtswunder zu Innsbruck wäre geschehen und das Budget wäre jetzt plötzlich positiv?! Just zum selben Zeitpunkt, als die gesamte Opposition den Finanzdirektor als Auskunftsperson in den Gemeinderat einberufen hat….

Fakt ist, dass aus einem strukturellen Problem auch in der mystischen Adventszeit kein Erfolgsmärchen wird – schließlich ist das Plus nur durch verschiedenste Entnahmen und Eingriffe in das städtische Vermögen möglich. Die operative Gebarung bleibt das Kernproblem, und daran ändert auch der jüngste Zahlentrick nichts, viel mehr fühlt man sich bei diesen Handlungsweisen an ein Karussell oder einen Zirkus mit Finanzjongleuren erinnert. Für uns steht jedoch fest: wenn die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben nicht mehr decken können, ist dies ein fundamentaler Warnhinweis. Und den wollt ihr als Gemeinderäte einfach nicht hören. Andere Gemeinden würden für so etwas niemals eine Genehmigung erhalten. Nur dank massiv erhöhter Gebühren und höherer Transferzahlungen gelingt es, den Saldo 1 überhaupt noch positiv erscheinen zu lassen. Investieren

kann man aber trotzdem kaum noch – alles, was über den Betrieb hinausgeht, muss auf Pump finanziert werden.

Weiters stellt sich für uns die Frage, ob man wenige Tage vor einer Budgetsitzung im Gemeinderat einfach einen in wesentlichen Teilen geänderten Entwurf präsentieren kann, ohne eine erneute öffentliche Auflage sicherzustellen - obwohl das Innsbrucker Stadtrecht klar regelt, dass ein Voranschlag zwei Wochen zur Einsicht aufgelegt und ordnungsgemäß kundgemacht werden muss (§ 57 ISR).

Aber: selbst wenn es rechtlich nicht ausdrücklich vorgeschrieben sein sollte – das Mindestmaß an Transparenz und Fairness hätte es verlangt, die Änderungen offen zu kommunizieren und ordentlich kundzumachen. Wobei das Attribut „ordentlich" hat bei euch Gemeinderäten ohnehin sehr wenig Bedeutung …. und dass das Stadtrecht und die Geschäftsordnung des Gemeinderates für den Bürgermeister als Vorsitzenden ja nicht mehr als eine freundliche Empfehlung sind, an das sich alle anderen halten sollen, ist ja bekannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Bürgermeister hat im Herbst ja irgendwann gemeint, dass dies das *„schwierigste Budget"* seit Jahrzehnten gewesen wäre. Interessant wäre, woher er diese Weisheit und den Vergleich nimmt ….. da kann ich nur den Autor und Keynoter Wolf Lotter sinngemäß aus seinem Kommentar im PROFIL zitieren: *Übermut ist, wenn man ohne jegliche Kompetenz versucht, in eine Regierung zu gehen …… und statt einer Ahnung nur eine Meinung hat.*

Ja, im Übrigen ….. offensichtlich haben die Kollegen der beiden Fraktionen Grün und JA - die nicht mehr einmal einen Beitrag zur allgemeinen Budgetrede halten – nun auch keine Meinung mehr …….

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Vorhang auf für den

zweiten Akt – Personal und der Dienstpostenplan

Da müssen wir nach Sichtung der vorgelegten Unterlagen begründet annehmen, dass es sich - frei nach Shakespeare - nur um eine Verwechslungskomödie handeln kann … eine sogenannte *comedy of errors*.

Die beiden Finanzreferenten Rupprechter/Anzengruber sind ja durch die Stadt gezogen und behaupten immer noch, dass gespart würde und 37 Dienstposten gestrichen worden wären. Manche glauben tatsächlich, dass dieses „Streichen“ tatsächlich ein weniger an Dienstposten bedeutet. Das zählt einfach zu den vielen Unwahrheiten und - noch schlimmer – zu den Halbwahrheiten dieses Budgetentwurfs.

Richtig ist, dass DREI (!!!) Dienstposten tatsächlich gestrichen und eingespart werden:

- EIN Hilfsarbeiter bei den Grünanlagen -

  EINE technische Betreuung in der

Stadtbibliothek - EIN EDV Beauftragter in der Abt.

Leitung III.

27 Dienstposten werden in die Beteiligungen ausgelagert und verschoben: der Beweis lieferte Frau Intendantin Irene Girkinger wohl unfreiwillig auf Nachfrage im Kontrollausschuss, wo denn nun die vom Bürgermeister in unredlicher Absicht verlautbarten 8 gestrichenen Dienstposten des Orchesters gestrichen werden. Die Frau Intendantin wusste überhaupt nichts davon, dass es Streichungen gegeben hätte und stellte dies auch entschieden in Abrede ….

- Fakt ist, dass es diese Streichungen so nie gegeben hat
- Fakt ist, dass somit nachweislich nur 3 von medial verlautbarten 37 Dienstposten gestrichen wurden
- Fakt ist, dass das für jeden anhand der Unterlagen leicht erkennbar ist.

Und …..wie so oft beim politischen Finanzreferenten: es sind grad 10 Prozent von dem, was er euch erzählt, wahr und richtig, die anderen 90 Prozent sind eine bunte Mischung aus Erfindung, Wunschdenken und Fake ……

Die explodierenden gesamten Personalkosten von inzwischen jährlich 185 Mio. Euro werden achselzuckend zur Kenntnis genommen. Letztes negatives Beispiel ist

die Schaffung einer neuen Magistratsabteilung mit freundlichem Abnicken der 22 GemeinderätInnen von SPÖ/Grün/Ja: Ihr lässt das Magistrat bei den Häuptlingen wachsen, nicht bei jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Arbeit täglich sichtbar und unverzichtbar ist. Das Gleichgewicht zwischen Führungsebenen und operativem Personal ist längst verloren gegangen. Euch als Stadtregierung fehlt jegliche Vision, jeder Mut und jede Bereitschaft, im Diskurs mit dem Gemeinderat Reformen anzugehen – ihr schafft neue Abteilungen, um alte Konflikte zuzudecken. Kurz gesagt: „Das geht sich nicht mehr aus……..“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Schauspiel dieses Budgets ist noch voll im Gange ….

Dritter Akt – die Gewinnentnahmen, die Dividenden und die Einmaleffekte

Jetzt wird es tatsächlich eher tragisch …..

Das Verscherbeln von städtischem Vermögen nimmt volle Fahrt auf – und das auf Kosten der Bevölkerung und der jungen Generation. Allein im kommenden Budgetjahr 2026 sollen über 40 Millionen – VIERZIG Millionen - an Einmaleffekten (!!) die wahren strukturellen Probleme kaschieren. Wer ein derart verantwortungsloses Budget dem Gemeinderat vorlegt, hat politisch längst kapituliert ….. und offenbart – wenn nicht überhaupt Ahnungslosigkeit – dann jedenfalls politische Unwilligkeit. Alleine die Auflösung der MCI Rücklage spült einmalig rund 11 Mio. in das Budget.

So wie bei den ausufernden Abteilungen im Haus werden auch hier keine strukturellen Maßnahmen und Schritte für die Zukunft gesetzt, sondern die städtischen Beteiligungen als Bankomat für das aus dem Ruder laufende Budget verwendet. Das Sozialvermögen der Stadt wird für kurzfristige Einmaleffekte geopfert. Finanzreferent Anzengruber ist drauf und dran, Georg Willi als größte Enttäuschung der Innsbrucker Stadtgeschichte abzulösen.

Im Budget 2026 mutiert die Innsbrucker Immobiliengesellschaft schon zum absolut größten Dividendenbringer und lässt die IKB AG nur mehr blass aussehen.

Apropos IKB AG: Bezeichnend für den visionslosen Zustand der Stadtregierung ist ja, dass sie nicht einmal rasch auf quasi „glückliche zeitliche Situationen“ eine Antwort und eine Vision hat

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe (IKB) sind kürzlich durch die überraschende Vakanz im Vorstand an einem entscheidenden Punkt gestanden. Unser konkreter Vorschlag war, dieses Zeitfenster für politische Beratung und Neuaufstellung zu nutzen in Richtung strategische Neuausrichtung mit einer schlankeren Führungsstruktur, effizienterer Organisation und gebündelter Verantwortlichkeit.

Das Land Tirol hat dieses historische Zeitfenster mutig genützt und die Vorstandsbereiche effizient reduziert. Bei der IKB ist nichts dergleichen geschehen, sondern die Ausschreibung ist unüberlegt und mutlos rausgegangen. Drei Vorstandsbereiche sind mittlerweile für ein Unternehmen der Größenordnung der IKB nicht mehr zeitgemäß – und wenn man einerseits für die BürgerInnen die Gebühren massiv erhöht und an anderer Stelle sparen muss, dann wäre dies das Gebot der Stunde gewesen.

Zurück zur IIG: im Jahr 2026 werden 14 Millionen Euro der IIG entzogen – wir fragen uns ja generell im Sinne der Compliance, wie die Aufsichtsräte diese Aufsplittung und Teilung der IIG beschließen können. Aufsichtsräte sind nach unserem Verständnis dem Wohl des Unternehmens verpflichtet und NICHT dem Budgetloch des Eigentümervertreters.

Mit diesen Entscheidungen, die ihr als Caprese-Gemeinderäte heute trefft, degradiert ihr die IIG langfristig zu einem Bittsteller, der für jede Sanierung und Instandhaltung um Zustimmung ersuchen muss …..möglicherweise entspricht es dem Grundverständnis des Bürgermeisters, Abhängigkeiten zu schaffen.

Fakt ist, dieses Sozialkapital der InnsbruckerInnen fließt auch in das bürgermeisterliche Chalet, in die lila Fahrstreifen, in neue Magistratsabteilungen, teuren Luxusbäumen oder Beraterverträgen etc. etc.

Ich hoffe einfach im Sinne des Unternehmens, dass sich Aufsichtsräte finden, die nicht einfach willfährig alles abnicken ….. wenngleich diese Hoffnung eher gering ist. Ich war selbst einige Jahre im Aufsichtsrat der IIG und habe mich stets schützend vor das Unternehmen gestellt. Ganz einfach, weil es wichtig ist!

Wenn SPÖ/GRÜN/JA weiterhin in diesem Tempo an der Zerschlagung der IIG arbeitet, dann sind die „Leichenfledderer“ in Form der anderen Wohnbauträger schon gleich zur Stelle. Die SPÖ mit GR KO Plach und VBGM Mayr haben sich ja schon öffentlich festgelegt. Die IIG soll künftig nur mehr Feuerwehren und Schulen bauen. Und – Zufall: parallel positioniert sich schon das gemeinnützige Siedlungswerk, das mit rund 70.000 Wohnungen in einer eigenen Liga spielt und in Tirol durchstarten will. Ich zitiere: „Realisieren will man auch Infrastruktur mit Gemeinwohlbezug wie Feuerwehren, Kindergärten, Gemeinschaftsräume und Sozialreinrichtungen“ …. also genau das, was Plach/Mayr noch für die IIG als restliches und übrig bleibendes „Aufgabengebiet“ vorgesehen hätten. Der IIG wird – so wie ich es im Vorjahr schon skiziert hatte, Geld aus der Substanz entzogen.

Bonmot am Rande: dass ein früherer Mitarbeiter der IIG jetzt federführend beim Siedlungswerk operativ verantwortlich ist und das Tiroler Siedlungswerk massiv am Tiroler und Innsbrucker Markt positionieren will, wird die von der Stadtregierung ins Auge gefasste Zerschlagung der IIG noch vereinfachen.

WÜRDE die IIG tatsächlich operative Gewinne abwerfen, wären die früheren Sozialdemokraten – nicht die, die heute alles abnicken – also die früheren Sozialdemokraten öffentlich und hörbar auf die Barrikaden gegangen und hätten gefordert, dass diese „Gewinne“ den Mieterinnen und Mietern in den städtischen Wohnungen zugutekommen. Und nicht im Budget versanden ……

Jedenfalls wäre es nur ehrlich, wenn ihr bei den rund 130 Mitarbeitenden der IIG bereits heute mit offenen Karten spielt und euch nicht hinter Floskeln versteckt: viele der IIG-Mitarbeiter werden sich außerhalb der IIG rechtzeitig neu orientieren müssen
… die Stadtregierung mit SPÖ/Grün/JA wird die IIG filetieren und deren Geschäftsfelder am Markt aufteilen. Mit diesem Budget setzt ihr den ersten Schritt.

Meine Damen und Herren, diese Vorhersage wird gleich wahr werden wie meine Vorhersage zum Impact Hub in den Bögen. Da habt ihr euch noch vorführen lassen von den Kollegen Auer/Lutz/Anzengruber und wo stehen wir heute?! Ja genau, wir haben inzwischen 12 Monate lang Miete an die ÖBB für den Leerstand bezahlt, die Pressemitarbeiterin des Bürgermeisters will die Immobilie der Jungen Talstation aufzwingen …. und letztlich ist das alles ein Riesenreinfall geworden.

Und so ein Reinfall - dann allerdings mit einem weitaus größeren und unumkehrbaren Schaden – wird eure Zerschlagung und Auflösung der IIG werden. Ein trauriges und respektloses Kapitel der Stadtgeschichte.
Liebe KollegInnen im Gemeinderat, wir kommen zum nächsten Akt dieses Budgetschauspiels der Stadtregierung.

Vierter Akt – Die Einnahmen und die Schulden

Diese Stadtregierung hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Die Einnahmen steigen sehr wohl in fast allen Bereichen – dass dies nicht in dem von der Stadtregierung gewünschtem Ausmaß stattfindet, dafür können wir auch nichts. In einem guten Vergleich hat dies der ehemalige **Wirtschaftsjournalist** Franz Schellhorn im Profil kürzlich formuliert – und die gesamtstaatliche Analyse ist deckungsgleich mit der Stadt Innsbruck:

Erstens: Dem Staat fehlt es nicht an Einnahmen, sondern an Mut und Entschlossenheit.

Zweitens: Der Staat spart nicht, auch wenn es seine Vertreter noch so oft behaupten. Der Staat gibt nur weniger mehr aus, als ursprünglich geplant.

Ich würde ja auch nochmals meinen (offenbar ungehörten) Appell vom Dezember 2024 an die 22 GemeinderätInnen der Caprese wiederholen: Stellen Sie das nächste
Arbeitsjahr unter das Motto „zukunftsfähige Aufgabenkritik: ERKANNT und UMGESETZT! Begreifen Sie Veränderung als Ihre Chance, die Stadt Innsbruck zukunftsfit zu machen und sehen Sie doch Politik nicht als die Summe Ihrer Deals, die Sie als Stadtregierung untereinander eingehen - im billigen Versuch, sich nur nicht wehzutun.

Wenn schon nicht meine Wenigkeit und Das Neue Innsbruck, dann kann Sie vielleicht der Gedanke eines Johann Wolfgang von Goethe inspirieren :

Sobald der Geist auf ein Ziel gerichtet ist, kommt ihm vieles entgegen!

Sehr geehrter Kollegen und Kolleginnen, zurück zu den Zahlen!

Wie ich bereits im zweiten Akt dieses Budgetschauspiels dargelegt habe, ist alleine die Kurve aus den Auszahlungen des Personalaufwands beängstigend. Dies sind die Auszahlungen aus dem Personalaufwand (ohne Ruhebezüge, Pensionszuschüsse,

Reisegebühren, Mandatars-Entschädigungen etc. – dies sind inzwischen rund 26 Prozent der Auszahlungen *(Unterlage Seite 20 aus dem Budgetentwurf*)

2021	100 Millionen Euro
2022	104 Millionen Euro
2023	117 Millionen Euro
2024	130 Millionen Euro
2025	140 Millionen Euro
2026	143 Millionen Euro

Und das sind jährliche MEHRAUSGABEN in den letzten Jahren von inzwischen 40 Millionen Euro, die von euch achselzuckend zur Kenntnis genommen wurden.

Die Gesamtausgaben mit den Pensionen betragen 2026 rund 185. Millionen Euro.

Die Gemeindeabgaben steigen vom RA 2024 mit 152,8 Mio. auf 161,9 Mio. im Budget 2026.

Einzig die Transfers vom Land sinken vom RA 2024 von 58,6 Mio. auf 50,4 Mio.

Die **Finanzerträge** hingegen explodieren:

Im RA 2024 mit 10,2 Mio., im VA 2025 mit 20,8 Mio. auf den VA 2026 mit 29 Mio. - - dreimal so viel wie im Rechnungsabschluss 2024.

Die Freie Finanzspitze als Ausdruck der Leistungsfähigkeit einer Kommunalwirtschaft ist in diesem Jahr endgültig in das Negative gerutscht.

Was wir im Zusammenhang mit dem Ausgabenproblem auch besonders problematisch sehen, sind die explodierenden Beraterkosten, die in Summe wohl

schon in die Millionen gehen werden. Wärmestudie, Förderstudie, Nordhangstudien, Hotelstudien etc. etc. um nur die letzten Monate zu zitieren, 90.000,-- Euro hier, 70.000,--- Euro dort und das bei gleichzeitig hohem Mitarbeiterstand und sinkender Bevölkerungszahl.

Im Zusammenhang mit den Einnahmen und Schulden lohnt sich auch ein Blick auf Aussagen des Obmann des Finanzausschusses und des Bürgermeisters die IKB-Verkaufserlöse betreffend. Hier kann ich aber auch der Kollegin Haselwanter – Schneider die Kritik nicht ersparen, sich doch gelegentlich mit den tatsächlichen Beschlüssen auseinanderzusetzten.

Fakt ist , dass ALLE – und zwar vollständig und alle- gewidmeten Gelder aus dem Verkauf des IKB-Anteils an die TIWAG im Jahre 2002 für den sogenannten Gestellungsbetrieb verwendet werden.

Der Beschluss im März 2002, der gerade für die neuen Gemeinderäte wichtig und offenbar neu ist, lautete wie folgt:

*„Der Verkaufserlös von € 134 444700,-- (ATS 1,85 Milliarden) wird – in Anknüpfung an den Gemeinderatsbeschluss vom 14. November 2001 einem Sondervermögen zugeführt, nämlich als langfristig zu veranlagender **Deckungsbeitrag** zur Deckung der Pensionsverpflichtungen der Stadt für die Beamten der vormaligen „Stadtwerke Innsbruck“ und die weiteren der IKB AG zur Dienstleistung zugewiesenen städt. Beamten gewidmet.“*

Bis zum vom Land Tirol – und auch mit der Stimme der Frau Haselwanter beschlossenem Spekulationsverbot – wurden diese Gelder von einem unabhängigen Expertengremium sicher und höchst lukrativ und erfolgreich veranlagt.

Entwicklung der (Finanz-)Veranlagung „Pensionsrückdeckung Gestellungsbetrieb“

Aus diesem Bericht der Fachdienststelle (sowie aus weiteren die Vorjahre betreffenden Berichten) stellte die Kontrollabteilung Übersichten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Veranlagungssumme wie folgt zusammen:

Entwicklung der (Finanz-)Veranlagung "Pensionsrückdeckung Gestellungsbetrieb" (summierte Darstellung) Beträge in €			
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Veranlagungsstand zu Beginn (03/2004)	108.094.800	108.094.800	108.094.80
Veranlagungserträge seit Beginn	48.452.100	48.148.525	48.215.78
Entnahmen seit Beginn	-108.631.664	-99.817.802	-90.903.90
Veranlagungsstand	**47.915.236**	**56.425.523**	**65.406.67**
Veranlagungserfolg p.a. seit Beginn (03/2004)	**4,01%**	**4,13%**	**4,30**

Bezogen auf das prüfungsgegenständliche Jahr 2017 (und als Vergleich dazu bezüglich der beiden Vorjahre) ergab sich per 31.12.2017 ein gesamter Veranlagungsstand in Höhe von € 47.915.236. Bis zum Jahresende 2017 erwirtschaftete diese (Finanz-)Veranlagung einen Gesamtertrag im Ausmaß von € 48.452.100. Unter Berücksichtigung der jährlichen Entnahmen zur (restlichen) Deckung der Pensionszahlungen des Gestellungsbetriebes im Ausmaß von insgesamt € 108.631.664 ergab sich zum Betrachtungsstichtag der Veranlagungsstand mit € 47.915.236.

Dieser Beschluss des Tiroler Landtags hat die Stadt Innsbruck letztlich Millionen gekostet. Warum? Weil die Gelder dann teilweise unter der Inflation in z. B. absolut mündelsicheren Veranlagungen überführt werden mussten.

Um dadurch zumindest möglichst wenig weiteren finanziellen Schaden zu haben, wurde die Methode des Cash Poolings in den Beteiligungen gewählt und vorübergehende „Eigendarlehen“ gewährt – einfach um nicht auf der einen Kontoseite hohe Bankzinsen zu zahlen und auf der anderen Seite – bedingt durch das Spekulationsverbot des Landes Tirol – Zinserlöse und Gewinne zu verlieren.

Frau Kollegin Haselwanter, Sie haben ja politische Konsequenzen gefordert – ja das hätten wir uns bei eurem wirklich unüberlegten Gesetzesbeschluss schon lange gewünscht, den dieser Beschluss hat einen Scherbenhaufen hinterlassen.

Alles nachzulesen im Kontrollamtsbericht – schwarz auf weiss und öffentlich – und so wie von dir, Andrea gefordert: lückenlos.

Die beiden vergangenen Jahre in Österreich mit der europaweit höchsten Inflation hat für die Darlehenssituation der Stadt Innsbruck zumindest eine positive

Auswirkung gehabt, da die zu rund 1 Prozent verzinsten Darlehen in diesen beiden Jahren um wohl ein Fünftel des Schuldenstandes reduziert wurden.

Bevor ich zum letzten Akt mit der Verscherbelung der Wohnungen der IIG kommen werde, lohnt sich noch ein kurzer Blick auf einen fünften Akt:

Fünfter Akt – der Versuch, sich mit Marketing zu retten

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir haben ja gerade den Nikolotag hinter uns …. und der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin haben fleißig üppige Nikolosackln verteilt. Ich denke, dass nur die ganz Braven und Stillen was bekommen haben ….. deswegen waren wir wohl nicht dabei!)

In den letzten Wochen ist in Innsbruck etwas Interessantes öffentlich bekannt geworden. Es ist in der politischen Geschichte der Stadt wohl auch einzigartig, das nun bezahlte Marketingmenschen und Werber inzwischen sowohl bei den Medien aufschlagen als auch bei der einen oder anders Oppositionspartei, um dort Stimmung für den Bürgermeister zu machen.

Jetzt könnte man wohlmeinend sagen, dass zumindest jemand abgegolten wird, um eine eigentliche Aufgabe des Bürgermeisters wahrzunehmen – nämlich mit den Parteien im Gemeinderat zu reden. Herr Bürgermeister, so geht das halt nicht ….. diese Aufgabe kann nicht delegiert werden, sondern es ist eine deiner ureigensten Aufgaben, mit den Mandataren im Gespräch zu sein. Dass sich diese fehlende Gesprächskultur und Diskussionsbereitschaft nicht nur auf die Opposition bezieht, sondern auch die 17 eigenen GemeinderätInnen nichts sagen dürfen oder können, haben wir in diesem Gremium ja schon ausreichend erlebt …. oder, Herr Kollege Kirchebner?!

Auch sonst erleben wir ja immer wieder im Gemeinderat etwas Sonderbares in der „Zusammenarbeit“ der Koalition, das in der Theatersprache unter Stegreiftheater verstanden werden kann. Wenn zu irgendeinem Punkt plötzlich jemand offenbar jenseits des gestrengen koalitionären Drehbuchs das Wort ergreift und der Bürgermeister mit Staunen Dinge hört (ich erinnere an die kürzlich gemachten Ausführungen der Frau Vizebürgermeisterin zum selbst bezahlten Bürosofa….), dann kommt ihr in diesem Gremium hier in die Rolle der Stegreifkomödianten …. und der Bürgermeister ins Schwitzen.

Gut in Erinnerung ist uns ja die fast verzweifelte Reaktion der Frau Vizebürgermeisterin in einer der vorangegangenen Gemeinderatssitzungen, als sie – den Vorsitz innehabend - im Zuge der Diskussion im Gemeinderat zu den geplanten Gemeinschaftswohnformen einfach die Geschäftsordnung quasi „missbraucht“ hat und sich die Haltung des Bürgermeisters zu eigen gemacht hatte … dabei hatten wir an diesem Tag nur die einfache Frage gestellt, ob die Gemeinschaftswohnformen mit dem Instrument des Mietrechts umgesetzt werden oder mit dem Verkauf von städtischem Grund …. diese Frage konnte bis heute nicht geklärt werden, weil der ressortzuständigen STRin Bex von der Frau Vizebürgermeisterin Mayr das Wort verboten wurde ….. manche meinen ja, dass SPÖ/GRÜN/JA sich da noch nicht grün sind, aber das ist eine andere Geschichte …….

Deswegen:

Den 17 GemeinderätInnen von Grün/SPÖ/Jot A sei in das Stammbuch geschrieben: Jeder ist auch für das verantwortlich, was man nicht tut, was man nicht sagt und was man still und schweigend zur Kenntnis nimmt.

Meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen im Innsbrucker Gemeinderat,

wir kommen nun zum letzten Akt bevor der Vorhang dieses Budget-Schauspiels endet:

Sechster Akt – Die Wohnungen, das Verscherbeln und die Zerschlagung der IIG

Hier handelt es sich tatsächlich nicht mehr um eine Tragikomödie, sondern in der Geschichte der Stadt um eine echte Tragödie, wie ihr als Stadtregierung zusammen mit dem Finanzdirektor, den Aufsichtsräten in IIG und NHT und dem Geschäftsführer so etwas zur Umsetzung beschließen könnt.

Zuerst muss ich noch kurz auf dieses Gschichtl-Drucken von Lukovic und Anzengruber eingehen, dass gerade wir von FÜR INNSBRUCK und ÖVP dies 2021 ja damals beschlossen hätten in der mittelfristigen Finanzplanung … also sooo eine grindige und schwache Erklärung für diesen ungeheuerlichen Vorgang des Wohnungsverkaufs kann man ja nicht ernsthaft meinen.

Fakt ist und da darf ich den damaligen Bürgermeister Willi zitieren, dass „in der Gesamtschau Vermögensveräußerungen … **als letztes Mittel** gesehen werden , um die Zahlungsfähigkeit der Stadt für das Jahr 2021 und mittelfristig bis zum Jahr 2025 sicherzustellen."

Das heißt klar und deutlich, dass – wenn unsere Expertise auf Augenhöhe gefragt würde, wir viele Mittel vor diesem LETZTEN Mittel sehen und umsetzen würden. Euer Weg ist jedoch der, Sozialvermögen der Stadt zu verscherbeln, um kurzfristig operative Budgetlöcher zu stopfen.

Und …. bitte NICHT wieder mit der inzwischen schon ollen Kamelle des Patscherkofls zu kommen. Wir erinnern uns: Herr Willi meinte ja als Bauexperte, wenn man länger planen würde und bauen, dann wären die Kosten geringer gewesen. Ja, beim Museum Ferdinandeum wurde 15 Jahre geplant, ein Jubiläum verstreichen gelassen … und die Kosten sind gestiegen von 25 Millionen auf über 60 Millionen. Die Baukosten für die Trinkwasserquelle Mühlau sind von rund 13 Millionen auf über 40 Millionen gestiegen - mit externer begleitender Kontrolle. Und

das vom Willischen Großprojektebeirat und der begleitenden Kontrolle umgesetzte Projekt des Eiskanals in Igls ist soundso an internationaler Peinlichkeit nicht zu überbieten… da kann man nur sagen, dass die Patscherkoflbahn jedenfalls schon die achte Saison fährt und für die breite Bevölkerung und die Familien schon viele schöne Wandertage und Schitage bereitet hat. Also dieser Vergleich hat einen uralten Bart und den braucht ihr nicht mehr zu strapazieren….

Ich komme konkret zu den Wohnungen:

- Fakt ist zuallererst, dass die liebliche Bezeichnung der „Übertragung“ und „beteiligungsinternen Verschiebung“ von Wohnungen fast Merkmale eines Kabaretts hätte, wenn es nicht so dramatisch in den Auswirkungen wäre …. mit diesem Ausdruck nehmt ihr die Menschen ja nicht wirklich für voll …..
- Fakt ist und da muss man kein Wirtschaftsnobelpreisträger sein, dass eine „Übertragung“ gegen Geld immer noch ein Verkauf ist
- Fakt ist, dass vergangene Stadtregierungen das Sozialkapital der InnsbruckerInnen vermehrt haben durch Grundankäufe und Wohnbauten, SPÖ/GRÜN/JA verscherbeln dies jetzt heimlich im Hinterzimmer
- Fakt ist, dass dies ein Tabubruch ist, der nachhaltig schadet und unumkehrbar ist: Würdet ihr euch nur ein Beispiel an solchen Größen wie Werner von Siemens nehmen: *Für augenblicklichen Gewinn verkaufe ich die Zukunft nicht.*
  Nochmals: *Für augenblicklichen Gewinn verkaufe ich die Zukunft nicht*.
- Fakt ist aus unserer Sicht, dass Herr GR Dellaserra von der SPÖ als Aufsichtsrat der IIG an diesen Entscheidungen hier in keinster Weise teilnehmen dürfte – und da geht es jetzt nicht darum, dass er sich dann zur Budgetzeile bei der Zerschlagung der IIG kurz enthält.
- Fakt ist weiters, dass aus unserer Sicht Herr KO GR Plach als Aufsichtsrat der
  NHT und damit dem „begünstigten“ Unternehmen ebenso an diesen

Entscheidungen hier in keinster Weise teilnehmen dürfte – und auch da geht es jetzt nicht darum, dass er sich dann zur Budgetzeile bei der Zerschlagung der IIG kurz enthält.

- Fakt ist, dass ein Finanzdirektor der Stadt Innsbruck in dieser Situation und dieser Beschlusslage nicht gleichzeitig Aufsichtsrat dieser Gesellschaft sein kann. Wir würden von ihm selbst erwarten, dass er in dieser Angelegenheit seine Befangenheiten erklärt und seine Zuständigkeiten klärt.
- Und Fakt ist jedenfalls, dass der Finanzreferent und Beteiligungsreferent Anzengruber im höchsten Maße befangen ist
- Fakt ist, dass nach den uns zur Verfügung stehenden Informationen Wohnungen in bester Lage in Innsbruck für je rund 47.000,-- Euro verkauft werden.
- Fakt ist, dass damit riesige stille Reserven und bauliche Entwicklungsmöglichkeiten mitverkauft werden
- Fakt ist, dass laufende Einnahmen der IIG verloren gehen und das Unternehmen nicht gestärkt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren im Gemeinderat,

liebe ZuhörerInnen, liebe Mitarbeitende im Stadtmagistrat,

wir kommen zum Ende dieses Budget-Schauspiels, dieser Aufführung der Stadtkoalition ….. und der Vorhang kann fallen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit …. und kann Sie nur aufrufen: fragen Sie bei Ihrem Bürgermeister und Vizebürgermeistern nach, was diese Ihnen alles NICHT erzählt haben zu diesem Budget.

Ich habe eingangs darauf verwiesen und damit begonnen, wie das Projekt IMPACT

HUB in den Bögen zu einem Rohrkrepierer geworden ist. Wir zahlen seit 12 Monaten Miete für eine Bruchbude, wir wissen nicht, wer wann dort einziehen soll …. und im

Jänner dieses Jahres haben uns Frau STRin Lutz und Herr KO Lukovic noch als Kassandras hingestellt. Fakt ist, dass alle Annahme und Vorhersagen, die wir getroffen haben, zu 100 Prozent eingetreten sind. Und diese Vorhersage wird auch die Zerschlagung der IIG treffen und der Verlust der Arbeitsplätze der dort Mitarbeitenden.

In diesem Sinn kann ich nur sagen: der Vorhang fällt, Applaus können Sie sich gerne sparen …… verwenden Sie bitte Ihre Energie darauf, den Menschen einen letzten Rest an Perspektive zu geben, denn heute beginnt vor allem das Ende der IIG wie wir Sie kennen.